

Hamburger Expertenrunde: Bürgerbeteiligung muss frühzeitig erfolgen

Experten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutierten auf Einladung der CDU-Fraktion über neue Partizipationsformen.

Bürger beteiligen, bevor alles entschieden ist. Unter diesem Motto lud die CDU-Fraktion der Hansestadt Hamburg Anfang November zu einer öffentlichen Diskussion im Kaisersaal des Hamburger Rathauses über das Thema Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen. Dr. Weinstock gehörte zusammen mit dem Stuttgart 21-Schlichter Dr. Heiner Geißler, Dr. Manfred Brandt von Mehr Demokratie e.V. sowie Franz Reinhard Habel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund dem von der CDU-Fraktion eingeladenen Expertenpanel an. Moderiert wurde die hochkarätige Veranstaltung

von Karin Prien, MdHB und Wirtschaftsexpertin der Hamburger CDU-Fraktion.

Franz Reinhard Habel bestätigte, dass Bürgerbeteiligung gerade auch bei Planungsprozessen nicht nur eine vorübergehende Erscheinung sei, sondern ein Trend, der auch zukünftig anhalten werde. Gleichwohl hält er die gesetzlichen Vorgaben aus dem Baugesetzbuch als Rahmen für ausreichend. Der Rahmen müsse nur neu gefüllt werden, für alle Beteiligten ein Lernprozess, so Habel. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Einforderung von mehr Mitspracherechten und direktem Einfluss auf politische Entscheidungen seien es vor allem der Zeitpunkt und die Dauer der Partizipation, die für die Projektakzeptanz eine entscheidende Rolle spielten.

Radikaler äußerte sich der ehemalige Generalsekretär

der CDU Dr. Heiner Geißler, seit 2007 auch Mitglied des globalisierungskritischen Bündnisses Attac, der nicht müde wurde, auch hier sein Credo zu postulieren, dass die Zeit der „Basta-Politik“ vorbei sei. Die Bürger müssten sich aus ihrer Unmündigkeit befreien und wichtige Entscheidungen selbst in die Hand nehmen, so Geißler. Projekte sollten auch nach Ende des Planungsprozesses und, wenn es sein müsse, während der Umsetzungsphase per Bürgerentscheid beeinflusst werden dürfen.

Das Auditorium reagierte mit großer Skepsis auf diese Ausführungen Geißlers und auch Dr. Marc Weinstock widersprach dieser Vorstellung deutlich: Zwar stimme auch er zu, dass die Bürgerbeteiligung ein wichtiges Instrument zur Schaffung von Transparenz und damit zur Herstellung von Akzeptanz sei, dies dürfe aber keinesfalls zu Lasten der Rechtssicherheit von Investoren gehen. Die Wahrung von Eigentumsrechten und Rechtssicherheit müsse für alle beteiligten Parteien gelten. Seien diese nicht mehr gewährleistet, würden sich viele Investoren scheuen, in Deutschland in neue Projekte zu investieren, so Weinstock.

Ein häufig unterschätztes Problem der Bürgerbeteiligung sind die langfristigen Planungs- und Abstimmungszeiträume; darin waren sich alle Diskutanten einig. Planungszeiträume verkürzen und im kontinuierlichen Dialog mit allen Beteiligten bleiben – eine positive Herausforderung, der sich die Verwaltungen und politischen Mandatsträger stellen sollten, so das Resümee der Diskussion.



von links: Reinhard Habel (Deutscher Städte- und Gemeindebund), Dr. Marc Weinstock (DSK), Karin Prien (MdHB, Wirtschaftsexpertin der CDU und Moderatorin des Abends), Dr. Heiner Geißler, Dr. Manfred Brandt, (Mehr Demokratie e.V.)